Motion statt Gespräche in Zuchwil

Mutmassliche Rasereien im Zuchwiler Industriequartier beschäftigen die Politik. Eine dringliche Motion bringt nun Tempo 30 ins Rollen.

Bela Müller



Auf der über einen halben Kilometer langen, fast geraden Waldeggstrasse können Fahrzeuge stark beschleunigen. Bild: Bela Müller

«Die können hier schon mal 120 km/h draufhaben.»



Reto Friedli
FDP-Politiker und Motionär

In Zuchwil steht die Freiheitsstatue. Na ja, eher eine Freiheitsstatue. Vor dem Restaurant Miss Liberty reckt eine Nachbildung ihre Fackel in den Himmel, am Rande des Industriequartiers von Zuchwil.

Mit der Freiheit scheint es hier allerdings manchmal etwas zu weit zu gehen. Ab etwa 22 Uhr donnern immer wieder junge Männer mit röhrenden Auspuffen über die Waldeggstrasse nebenan. «Die können hier schon mal 120 km/h draufhaben», schätzt Reto Friedli, ein Zuchwiler FDP-Politiker. «Miss Liberty» ist seine Stammbeiz.

Seit drei Monaten habe sich die Szene ins Industriequartier verlagert, nachdem sie beim Sportzentrum verscheucht worden sei. Auf der langen, geraden Waldeggstrasse lassen Reifenspuren auf hohe Geschwindigkeiten und eher gesetzeswidrige Manöver schliessen. Auch auf dem Interdiscount-Parkplatz hinter dem «Miss Liberty» finden sich Reifenspuren. Hier werde sich getroffen und gedriftet.

Der Griff zum politischen Hammer

Zuchwil hat aber nicht nur ein Problem mit Autoposer, sondern auch mit dem politischen Diskurs. Denn was danach passiert, zeigt: Von politischer Harmonie kann in Zuchwil keine Rede sein. «Man sollte zuerst direkt miteinander reden. Wenn dann nichts passiert, kann man den Hammer hervorholen», nervt sich Gemeindepräsident Patrick Marti. «Reto Friedli hat direkt den Hammer herausgeholt.»

Denn zwei Tage vor der Gemeindeversammlung Mitte Juni reichte Friedli überraschend eine dringliche Motion ein. Bewusst hatte er im Vorfeld nichts mit dem Gemeindepräsidenten besprochen. Er verstehe den Gedanken, dass man zuerst das direkte Gespräch suchen sollte. Gleichzeitig sei das Einreichen einer Motion kein «Hammer», sondern ein legitimes politisches Recht.

«Ich hatte zuvor noch nie etwas von dem Thema gehört», sagt Gemeindepräsident Patrick Marti. Er bekäme sonst von vielem mit. Selbst leere Robidog-Säcklispender würden ihm gemeldet. Auch Reto Friedli, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, habe ihn schon wegen unwichtigerer Dinge angerufen. Dann sei plötzlich die dringliche Motion gekommen.

Friedli begründet sein Vorgehen so: Durch das Einreichen der dringlichen Motion könne das Anliegen weder verwässert werden noch in einer Schublade der Verwaltung verloren gehen. Die Motion sei kein persönlicher Angriff, sondern ein demokratischer Weg, das Thema offiziell aufzunehmen. Der Gemeindepräsident hält das für nicht ganz schlüssig. In seiner Amtszeit habe es bisher eine Motion gegeben. Diese sei behandelt und als erledigt abgeschrieben worden. Die Diskussion über die Motion sei in einer Demokratie eine unerlässliche Basis, auch zwischen Andersdenkenden.

Dringlich, erheblich, angenommen

In der dringlichen Motion forderte Friedli die sofortige Einführung von Tempo 30 auf den Gemeindestrassen im Industriequartier. Zudem soll die Wirkung der Massnahme nach vier Monaten evaluiert werden. Falls diese nicht den gewünschten Erfolg bringt, soll die Abteilung Planung und Bau weitere Massnahmen zur Verkehrsberuhigung umsetzen.

Die Motion findet an der Gemeindeversammlung problemlos eine Mehrheit. Sie wird als dringlich und danach als erheblich erklärt. Viele im Saal hätten die Situation ebenfalls als Problem wahrgenommen, sagt Friedli. Mit der Erheblichkeitserklärung erhält der Gemeinderat den verbindlichen Auftrag, die Forderungen der Motion umzusetzen. Er muss das Geschäft an der nächsten Gemeindeversammlung traktandieren.

«Wir brauchen jetzt eine saubere Analyse», sagt Gemeindepräsident Marti. Polizei, Verkehrsplaner und die Arbeitsgruppe Sicherheit prüften die Situation. Friedli will davon nichts wissen. Auf die Frage, wann Tempo 30 kommen soll, sagt Friedli: «Gemäss angenommener Motion müsse dies nun per sofort umgesetzt werden».

Marti hält dagegen, die Einführung einer Tempo-30-Zone folge einem gesetzlich vorgegebenen Verfahren. Der Gemeinderat werde der nächsten Gemeindeversammlung die Massnahmen vorlegen.

Kommunikation per dringliche Motion

Die Polizei zeichnet ein weniger dramatisches Bild als Friedli. Sie teilt auf Anfrage mit, es habe zwar vereinzelte Meldungen im Zusammenhang mit Rasereien, mutmasslichen Autorennen oder übermässigen Lärmbelästigungen gegeben. In den wärmeren Monaten komme es ortsunabhängig vermehrt zu Fahrzeugtreffen und entsprechenden Lärmmeldungen. Eine besondere Entwicklung oder generelle Zunahme von Raserdelikten sei jedoch nicht festgestellt worden. Der Kantonspolizei liegen zudem keine Hinweise auf illegale Autorennen vor.

Die Polizei habe auf die Meldungen reagiert und präventive Kontrollen durchgeführt. Gemeindepräsident Marti stützt sich darauf. Auch die letzten Verkehrsanalysen zeigten keine Häufung im Gebiet. Friedli entgegnet, die Analysen seien älter als das Problem.

Im Dezember findet die nächste Gemeindeversammlung statt. Spätestens dann wird die Motion erneut Thema. Friedli hat angekündigt, dass dies nicht seine letzte Motion gewesen sei und auch die nächste dringlich eingereicht werde.

Deitingen bestimmt Verhandlungsausschuss

Der Gemeinderat hat Mitglieder für den Ausschuss für die Verhandlungen zum Bundesasylzentrum bestimmt.

Bela Müller



Eine ausserordentliche Gemeindeversammlung in Deitingen forderte klare Regeln für das Pilotprojekt mit separierten renitenten Asylsuchenden. Bild: Bruno Kissling

Vor der Sommerpause traf sich der Deitinger Gemeinderat zur letzten Sitzung. Dabei diskutierte er verschiedene Kredite sowie Ordnungen und Reglemente. Während der Sommerferien wird der Gemeindebetrieb heruntergefahren. Die vorsommerlichen Stimmung habe laut Gemeindepräsident Bruno Eberhard der Konstruktivität jedoch keinen Abbruch getan.

Für die Ausarbeitung der Vereinbarung zum Bundesasylzentrum Flumenthal hat der Gemeinderat zwei Mitglieder für den Ausschuss eingesetzt. Dieser soll gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) jene Punkte ausarbeiten, welche die ausserordentliche Gemeindeversammlung am 23. Juni beschlossen hat.

Den Ausschuss leiten wird Gemeinderätin Rebekka D'Agostino (Mitte). Dem Gremium gehören zudem Gemeinderat Ronny Wüthrich von der Ortsvereinigung Deitingen sowie je eine Vertretung der IG BAZ, der FDP und der SVP an. «So sind alle Parteien vertreten», sagt Eberhard.

Ein erster Sitzungstermin steht noch nicht fest. D'Agostino werde den Ausschuss nach den Sommerferien einberufen. Sobald das Protokoll der ausserordentlichen Gemeindeversammlung vorliege, werde es dem Kanton und dem Bund übermittelt. Eberhard zeigte sich zuversichtlich, dass sich die meisten Forderungen des Gegenvorschlags umsetzen liessen.

Acht Kernforderungen hat der Gemeinderat formuliert und geht damit in die Verhandlungen mit dem Staatssekretariat für Migration. Gefordert werden unter anderem eine Exit-Klausel, keine zusätzlichen Verlegungen nach Flumenthal, ein Mitspracherecht der Gemeinde und die rasche Verlegung störender Personen. «Wir sind sehr vertrauensvoll», sagt er. Es handle sich um einen zielführenden Prozess mit Bund und Kanton. Danach werde sich zeigen, wie es weitergehe. Zumindest scheint die Bereitschaft vorhanden zu sein. Laut Eberhard hätten Bund und Kanton die meisten Punkte des Gegenvorschlags bereits im Vorfeld zugesichert.

Der Gemeinderat hat des Weiteren die Arbeiten für die Signalisation und Markierung der Tempo-30-Zonen vergeben. Der Auftrag folgt auf die öffentliche Ausschreibung und kostet knapp 58'000 Franken. Die ersten Massnahmen könnten noch dieses Jahres umgesetzt werden.